

NJ-ANSICHTSSACHE



[Foto: Hoffotografen]

Christian Spahr
Generalsekretär der Versammlung der Regionen Europas (VRE/
AER)

Bürgernah entscheiden schafft Vertrauen in der Krise

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten, ist für die Bundesländer und regionale Regierungen in ganz Europa in der aktuellen Krisenzeit entscheidend. Zwei der Grundlagen für die Zuversicht in Politik sind verlässliche staatliche Dienstleistungen und ein authentischer Austausch der Entscheidungsträger mit allen Gruppen der Gesellschaft. Eine repräsentative Umfrage der Versammlung der Regionen Europas (VRE/AER) in sieben europäischen Ländern hat 2021 gezeigt, dass die Menschen regionalen und lokalen Regierungen am meisten vertrauen, wenn es um Fragen geht, die ihr Leben betreffen – mehr als den nationalen Regierungen. Deutschland ist hier keine Ausnahme.

Unter dem Eindruck der kürzlich überstandenen Covid-Pandemie, wirtschaftlichen Herausforderungen, der Klimakrise und geopolitischer Unsicherheit wünschen sich die Menschen neue Ansätze für ihre individuelle und kollektive Entwicklung. Sie erwarten von politisch Verantwortlichen

und Behörden praktikable Lösungen, neue Perspektiven für Wohlstand und Stabilität sowie langfristige Strategien für eine nachhaltige Entwicklung.

Die regionale und lokale Regierungsführung wird immer anspruchsvoller. Es sind beispiellose Anstrengungen, die Regionen und Kommunen unternehmen müssen: Wirtschaftliche und soziale Härten abmildern, auf eine Vielzahl neuer Bedürfnisse der Bürger und derer der Zuwanderer reagieren – und die richtigen Weichen stellen, damit sich alle Veränderungen, die unter enormem Zeitdruck vorgenommen werden, als zukunftsfest erweisen. Dies gilt gerade für die Klimapolitik. Auf regionaler Ebene ist es wichtig, die großen politischen Ziele mit den Realitäten vor Ort in Einklang zu bringen. Für Bürger und Unternehmen muss es sich lohnen, an diesem Wandel mitzuwirken.

Diese Veränderungen, denen sich unser Gemeinwesen stellen muss, haben eines gemeinsam: Sie können nur durch Mitwirkung von unten gedeihen – dank regional engagierter Bürger, Politiker und Unternehmen. In Deutschland ist der Gedanke der Subsidiarität, eines bürgernahen politischen Entscheidens, historisch bedingt besonders stark. Mit Sorge ist zu sehen, dass in Krisenzeiten europaweit wieder mehr Entscheidungsbefugnisse auf nationaler Ebene angesammelt werden, während tatsächlich die Regionen oft am besten in der Lage sind, die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu ermitteln. Daher eine Schlüsselbotschaft: Wir müssen die Subsidiarität wahren. Wir sollten dafür sorgen, dass Entscheidungsbefugnisse nicht weiter zentralisiert werden, sondern Städte, Regionen und ihre Interessenvertretungen den Wandel unserer Lebens- und Arbeitswelt stärker bürgernah mitgestalten können. Diese sind gut beraten, sich dabei grenzüberschreitend zu verbünden.

Gerade jetzt ist politische und finanzielle Unterstützung für die Regionalentwicklung nötig. Die meisten Regionen sind mit etablierten EU-Instrumenten wie der Kohäsionspolitik vertraut. Die Nutzung neuer Fördermittel im Rahmen des EU-Haushalts 2021-2027 und des Konjunkturpakets zur Bewältigung der Covid-Folgen bringt aber größeren Erklärungsbedarf mit sich. Einer der Schwerpunkte muss daher der Aufbau von Expertise und Ressourcen in den Verwaltungen sein, um dieses Potenzial nutzen zu können. Regionen und Kommunen brauchen sowohl das Fachwissen als auch den politischen Einfluss, um die hohen Erwartungen ihrer Bewohner zu erfüllen.

Intensiviert werden muss auch der Bürgerdialog, um Politikverdrossenheit und einer Spaltung der Gesellschaft vorzubeugen. Vorträge in der Stadthalle reichen nicht. In etlichen europäischen Regionen gibt es gute Beispiele, wie Bürgerversammlungen zu höherer politischer Beteiligung führen können. Das kann Parlamente nicht ersetzen, aber Politikern wertvolle Rückmeldungen und Impulse geben. Erfolgreiche Modelle partizipativer Demokratie stellen sicher, dass nicht nur lautstarke Vertreter von Einzel- oder Gruppeninteressen zu Wort kommen, sondern ein vielfältiger Querschnitt der Bevölkerung. Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind die nicht weniger wichtige Seite der Krisenbewältigung, die gleichberechtigt neben wirtschafts-, sozial- und geopolitischen Ansätzen steht.